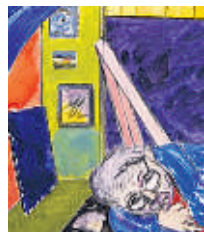




Hoffen auf die Sonne | 9

Die Solarfirma Q.Cells versucht einen Neustart – mit südkoreanischer Hilfe



Rastloser Maler | 15

Das Jüdische Museum Berlin widmet R. B. Kitaj eine große Ausstellung

Literatur | 16, 17



Enthüllungen: Warum der Friedensnobelpreis an die EU schamlos war und was eine Diva mit Stolypin verband

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 25. Oktober 2012

67. Jahrgang/Nr. 250 • Berlinausgabe 1,50 €

STANDPUNKT

Worte und Taten

Von Markus Drescher

Reden. Ein wichtiges Mittel für Politiker, mit den Bürgern und Bürgerinnen zu kommunizieren: Parteistandpunkte, Hetze, Versprechen, Angriffe, leere Hülsen – und zu Anlässen wie der Einweihung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma wird es nachdenklich, grundsätzlich, philosophisch.

So auch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ihre Worte Verpflichtung, Trauer und Würde des Menschen sind angemessen. Misst man daran aber Taten und Äußerungen etwa ihres Innenministers Hans-Peter Friedrich (CSU), fragt man sich: Wie ist es möglich, dass Merkel sich betroffen ans Mahnmal stellt, während Friedrich den Rudolf Seiters macht und von Asylmissbrauch, Visumspflicht für Serben und Mazedonier und beschleunigten Asylverfahren faselt? Diejenigen, um die es dabei geht, sind hauptsächlich Roma.

1992 wurde beschlossen, ein Denkmal zu schaffen. Im gleichen Jahr konnte ein rassistischer Mob in Rostock-Lichtenhagen ungehindert die zentrale Asylbewerberaufnahmestelle im Sonnenblumenhaus angreifen – angeheizt von der politischen Hetze gegen »Asylmissbrauch«. Der Hass richtete sich auch gegen Roma, die vor dem Haus campieren mussten.

20 Jahre später steht nun zwar ein Mahnmal. Dass tatsächlich Lehren aus der NS-Zeit gezogen wurden, war damals nicht ersichtlich – und ist es heute immer noch nicht. So sind die nachdenklichen Worte Merkels an diesem Tag doch nur wieder leere Hülsen – wenn jetzt nicht Taten folgen, die den Worten angemessen sind.

Unten links

Schweigen ist Gold. Die Bundesbank hat also völlig recht, wenn sie kein großes Gerede um die deutschen Goldreserven macht, die im Ausland liegen. Liegen sollen, na gut, schließlich hat das schon lange niemand mehr kontrolliert, aber die Bundesbank wird es schon wissen, denn sie wird ja die Kontoführungsgebühren bezahlen. Die Federal Reserve Bank in Manhattan, New York, verdient Respekt und Anerkennung des deutschen Steuerzahlers dafür, dass sie ihm die Bürde von 7000 Tonnen Gold abgenommen hat. Auch dann, wenn die Bank es von Zeit zu Zeit sinnvoll einsetzen sollte. Als Leihgabe etwa für Dagobert Duck, wenn der wieder mal in einen Haufen Geld springen will. Dafür muss dann auch der neugierige CDU-Abgeordnete Philipp Mißfelder Verständnis haben, der sich dermaßen auffallend für das Gold interessiert, dass man sich schon fragt, ob er seine Meinung über Hüftgelenke für Alte überdacht haben könnte. Womöglich plant er jetzt eine Stiftung für Hüftgold. *uka*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Hungern für Gerechtigkeit

Flüchtlinge kämpfen gegen menschenunwürdige Behandlung in Deutschland

Berlin (nd-Göring). 24 nicht anerkannte Flüchtlinge und einige Unterstützer sind am Mittwoch in Berlin in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie wollten reden und gehört werden, doch den Asylbewerbern, die seit Wochen mit einem Camp in Berlin-Kreuzberg gegen die Ausländerpolitik der Bundesrepublik protestieren, wurde am Mittwoch der Eintritt bei der Einweihung des Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma verweigert. Daraufhin entschlossen sich die Männer und Frauen, die größtenteils aus Iran und Afghanistan stammen, zu einem Protestcamp vor dem Brandenburger Tor.

Ein Schwesterncamp steht bereits seit Samstag an der Hauptwache in Frankfurt am Main. Wie die Frankfurter Demonstranten wollen auch die Berliner bleiben, so lange es geht. »Wir werden hungern, bis wir ein positives Zeichen von der Bundesregierung erhalten«, sagte der Iraner Houmer Hedayatzadeh. Ihre Forderungen: die Abschaffung der Lager- und Residenzpflicht, ein Abschiebestopp und eine gerechte Anerkennung von Asylbewerbern als politische Flüchtlinge. Die Bundesregierung kann sich dieser Debatte nicht verschließen. Der Bundestag diskutiert heute in einer Aktuellen Stunde auf Anregung der Linkspartei über menschenwürdige Zustände für Asylbewerber. Einen Vorstoß wagte auch die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Situation minderjähriger Asylbewerber, der ebenfalls heute von den Abgeordneten verhandelt wird. Der Entwurf wird von der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl jedoch stark kritisiert: Er verändere zwar das Aufenthalts- und Asylverfahren zugunsten Minderjähriger teilweise, an ihren Lebensbedingungen ändere sich grundlegend jedoch nichts.

Derweil hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), gestern acht Personen ausgezeichnet, die sich besonders für Migranten engagieren. Auch der Musiker und Flüchtlingsaktivist Heinz Ratz ist nun Träger der Integrationsmedaille. Er hat in der Vergangenheit die deutsche Asylpolitik als unmenschlich und ungerecht kritisiert.

Seiten 2 und 3
Foto: dpa/Jens Büttner



Bekommt Griechenland mehr Zeit?

Finanzminister Stournaras: Fristverlängerung für Spardiktat

Von Simon Poelchau

Der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, und andere Politiker dementierten gestern die Aussage des griechischen Finanzministers über ein Entgegenkommen der EU.

Ist jetzt Zeit zum Luftholen für Athen – oder nicht? Gestern überschlugen sich die Meldungen über eine mögliche Streckung der Sparauflagen für Griechenland um zwei Jahre. Am Morgen hatte die »Süddeutsche Zeitung« über eine solche Übereinkunft zwischen der griechischen Regierung und seinen Geldgebern berichtet. Dies wurde umgehend von hochrangigen Politikern dementiert.

Am Vormittag widersprach die EU-Kommission den Gerüchten, dass man Griechenland entgegenkommen wolle.

»Es gibt noch keine Übereinkunft mit der griechischen Regierung«, sagte ein Sprecher von Währungskommissar Oli Rehn in Brüssel.

»Die Streckung haben wir erzielt«, erklärte daraufhin Finanzminister Ioannis Stournaras im griechischen Parlament. Einzelheiten nannte er allerdings nicht. Die Antwort kam prompt: »Ich kann diese Gerüchte nicht kommentieren«, sagte EZB-Präsident Mario Draghi, nachdem er vor mehreren Bundestagsausschüssen in Berlin das neue Ankaufprogramm der EZB für Staatsanleihen verteidigt hatte. Er wisse von einer solchen Einigung nichts, die Prüfungen seinen noch nicht abgeschlossen.

Auch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) äußerte sich zurückhaltend zu möglichen Erleichterungen für Griechenland. Nur bei entspre-

chenden Reformanstrengungen könne Athen Leistungen erwarten, sagte er. Außerdem riet Rösler dazu, den Bericht der Troika aus EZB, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds abzuwarten. Ähnlich äußerte sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Er wies die Spekulationen scharf zurück.

Vorangegangen war den Mutmaßungen über mehr Zeit für Athen ein wochenlanges Zittern vor dem nächsten Bericht der Troika. Ein positives Ergebnis ist die Voraussetzung für eine weitere Hilfstranche für Griechenland in Höhe von 31,5 Milliarden Euro. Ohne dieses Geld droht Mitte November die Staatspleite.

Weil das Land sich unter anderem wegen der Sparauflagen in einer tiefen Rezession befindet, wird Griechenland die Vorgaben vermutlich nicht er-

füllen können. Athen bat in den vergangenen Wochen darum, die Neuverschuldung statt 2014 erst 2016 wieder unter die EU-Obergrenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung drücken zu müssen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte in der Vergangenheit Fragen zum weiteren Vorgehen regelmäßig damit abgewehrt, dass sie den Troika-Bericht abwarten wolle.

Eine Pleite oder ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone gelten indes als absolut unwahrscheinlich. Die Auswirkungen für die übrigen Euroländer wären unkalkulierbar.

Ob Athen nun tatsächlich mehr Zeit bekommt oder nicht, ist für den finanzpolitischen Sprecher der LINKEN, Axel Troost, nicht die entscheidende Frage. Wirtschaftlich und sozial nachhaltig sei den südeuropäischen Ländern damit nicht geholfen.

Mahnmal für Sinti und Roma eingeweiht

Kritik an Umgang mit Minderheit

Berlin (AFP/nd). Schätzungsweise eine halbe Million Sinti und Roma wurden von den Nazis ermordet – seit Mittwoch erinnert ein Mahnmal nahe des Reichstags in Berlin an ihr Schicksal. »Der Völkermord an Sinti und Roma hat tiefe Spuren hinterlassen und noch tiefere Wunden«, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei dem Festakt zur Einweihung. Das Denkmal halte dem Betrachter einen »Spiegel unendlicher Trauer« vor. Es trage das Schicksal des einzelnen Menschen »in unsere Mitte« und mahne an die Verpflichtung, die Würde des Menschen zu achten – »und zwar in jedem einzelnen Falle«, wie die Kanzlerin hervorhob.

Der Zeitzeuge Zoni Weisz bezeichnete den Genozid an den Sinti und Roma als den »vergessenen Holocaust«. In seiner Rede schilderte er, wie er seiner Deportation ins Vernichtungslager Auschwitz entging, aber zuschauen musste, wie seine Eltern und Geschwister abtransportiert wurden. Das Denkmal sei ein »Zeichen der Anerkennung des zugefügten Leids«, aber auch der Hoffnung, dass »Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus nicht mehr diese Formen annimmt wie in den 30er Jahren«. Weisz kritisierte zugleich den Umgang mit Sinti und Roma in der Gegenwart. Die Gesellschaft habe »fast nichts« gelernt.

Der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Seelsorge an Roma, Sinti und verwandten Gruppen, Weihbischof Franz Vorrath, erklärte, das Verbrechen an Sinti und Roma habe in der Gesellschaft – »und leider auch in der Kirche« – lange Zeit nicht die erforderliche Aufmerksamkeit gefunden. Die »Geschichte der Vorurteile« gegenüber dieser Volksgruppe sei »nicht an ihr Ende gelangt«. Aber das Denkmal zeige, dass die Gesellschaft bereit sei zu lernen. Das Mahnmal sei überfällig, erklärte die innenpolitische Sprecherin der LINKEN, Ulla Jelpke. »Überfällig ist aber auch, den Lebenden endlich ein Leben frei von Diskriminierung zu ermöglichen.« Seite 5

KURZ

Hoffnung auf Waffenruhe

Kairo (epd). In Syrien gibt es Hoffnung auf ein paar Tage Waffenruhe: Nach Angaben des internationalen Syrien-Vermittlers Lakhdar Brahimi hat die syrische Regierung einem befristeten Waffenstillstand über das islamische Opferfest zugestimmt. Auch die meisten Rebellengruppen wollten sich dem Vorschlag anschließen, sagte Brahimi in Kairo. Seite 7

Sudan erhebt Vorwürfe

Khartoum (AFP). Nach der Explosion in einer Militärfabrik in Sudan hat die Regierung in Khartoum Israel am Mittwoch vorgeworfen, die Anlage bombardiert zu haben. Der Angriff auf die Al-Jarmuk-Fabrik im Süden der Hauptstadt sei gegen Mitternacht von vier Flugzeugen geflogen worden. Es seien Beweise gefunden worden, die auf Israel hindeuteten.

US-Drohnenangriff in Pakistan

Islamabad (dpa). Bei einem US-Drohnenangriff im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan sind am Mittwoch nach Angaben aus Geheimdienstkreisen drei Menschen getötet worden. Zwei Raketen hätten ein mutmaßliches Versteck von Extremisten im Stammesgebiet Nord-Waziristan getroffen.

Demo für Frauenrechte

London (epd). Hunderte Frauen haben am Mittwoch vor dem britischen Parlament für mehr Gleichberechtigung von Frauen in der britischen Gesellschaft protestiert. Unter anderem forderten sie Maßnahmen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt.